

2020.SR.000022

Dringliche Interpellation Fraktion BDP/CVP (Lionel Gaudy, BDP/Michael Daphinoff, CVP): Welche Sparmassnahmen plant der Gemeinderat und wie sieht das Verfahren aus?

Der Gemeinderat hat am 20. Januar 2020 bekannt gegeben, dass die Rechnung 2019 mit einem Defizit im zweistelligen Millionenbereich abschliessen wird. Dies hat auch Einfluss auf das laufende Budget 2020, welches am 17. November 2019 bereits vom Stimmvolk verabschiedet wurde. Der Gemeinderat plant, im laufenden Budget Sparmassnahmen von über 20 Millionen Franken umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie sieht das weitere Verfahren bezüglich den Sparmassnahmen aus?
2. Wann werden diese Sparmassnahmen beschlossen?
3. In welchem Umfang sollen Sparmassnahmen beschlossen werden?
4. Wird das Parlament über diese Sparmassnahmen befinden können?
5. Wie sieht der Verteilschlüssel innerhalb der Direktionen aus?
6. Welche konkreten (und im PGB beschlossenen) Budgetposten plant der Gemeinderat zu streichen?
7. Inwiefern ist es demokratisch und politisch legitimiert, wenn der Gemeinderat auf dem bereits verabschiedeten Budget Sparmassnahmen trifft?
8. Wie hoch war das Ausgabewachstum von 2016 bis 2020 insgesamt?
9. Wie hoch war das Ausgabewachstum von 2016 bis 2020 in den einzelnen Direktionen?
10. Plant der Gemeinderat das Ausgabewachstum mittels Steuererhöhung zu decken?

Begründung der Dringlichkeit

Der Gemeinderat hat am 20.1.2020 bekannt gegeben, dass das die Rechnung 2019 nachträglich ein Defizit aufweist und auch das laufende Budget nicht eingehalten werden kann. Er plant deswegen resp. ist bereits dran, Sparmassnahmen zu beschliessen, die ab sofort greifen sollen. Damit diese nicht bereits ohne politische oder demokratische Legitimation umgesetzt werden, benötigt der Stadtrat so rasch als möglich Antworten auf diese Fragen. Es ist die letzte Möglichkeit des Parlaments, sich zu den Antworten auf die gestellten Fragen zu äussern.

Bern, 30. Januar 2020

Erstunterzeichnende: Lionel Gaudy, Michael Daphinoff

Mitunterzeichnende: Philip Kohli, Alexander Feuz, Peter Ammann, Remo Sägesser, Gabriela Blatter, Dolores Dana, Ruth Altmann, Milena Daphinoff, Tom Berger, Oliver Berger, Hans Ulrich Gränicher, Simon Rihs, Ursula Stöckli, Niklaus Mürner, Barbara Freiburghaus, Vivianne Esseiva, Bernhard Eicher

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat mit Medienmitteilung vom 20. Januar 2020 kommuniziert, dass er eine möglichst ausgeglichene Rechnung erreichen möchte und deshalb die Direktionen beauftragt hat, für das Jahr 2020 umfassende Ausgabenkürzungen zu erarbeiten. Der Gemeinderat werde spätestens im Rahmen der Präsentation zur Rechnung 2019 über die im Jahr 2020 umzusetzenden Massnahmen informieren. Entsprechend können die gestellten Fragen nicht bzw. nur teilweise beantwortet werden.

Zu Frage 1 – 3 und 6:

Vgl. einleitende Bemerkung.

Zu Frage 4:

Nein.

Zu Frage 5:

Die Summen für die Entlastungsmassnahmen werden gemäss einem Kostenverteilungsschlüssel für globale Kürzungsmassnahmen auf die fünf Direktionen sowie Gemeinde und Behörden aufgeteilt. Die Gesamtkosten der Globalbudgets der einzelnen Direktionen sowie Gemeinde und Behörden bilden die Ausgangslage für den Kostenverteilungsschlüssel. Von dieser Summe werden verschiedene Kostenkategorien (unbeeinflussbare Kosten, neutrale Posten, interne Verrechnungen etc.) abgezogen. Für das Budgetjahr 2020 wurde der Verteilungsschlüssel wie folgt definiert:

Direktion	Anteil an globalen Kürzungsmassnahmen
Gemeinde und Behörden	2,99 %
Präsidialdirektion	5,87 %
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie	14,97 %
Direktion für Bildung, Soziales und Sport	33,40 %
Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün	21,86 %
Direktion für Finanzen, Personal und Informatik	20,91 %
Total	100,00 %

Die Direktionen entscheiden autonom, wie die Entlastungsmassnahmen direktionsintern auf die Abteilungen/Ämter verteilt werden.

Zu Frage 7:

Gestützt auf Artikel 71 Absatz 1 des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998 (GG; BSG 170.11) ist der Gemeinderat für den Finanzhaushalt verantwortlich. Ihm obliegt es damit unter anderem, für die sorgfältige Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder zu sorgen (Art. 70 Abs. 2 Bst. a GG). Gemäss Artikel 148 Absatz 1 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) wird der Gemeinderat mit rechtskräftig beschlossenenem Produktgruppen-Budget ermächtigt, im Rahmen der beschlossenen Vorgaben über die entsprechenden Globalkredite zu verfügen. Es liegt damit in seinem Zuständigkeitsbereich, die durch die Budgetgenehmigung bewilligten Voranschlagskredite auszuschöpfen oder dies nicht zu tun, insbesondere, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass das Budget nicht eingehalten werden kann. Der Gemeinderat kann nötigenfalls auch durch den Stadtrat oder die Stimmberechtigten bewilligte (Verpflichtungs-) Kredite für Projekte oder Massnahmen verschieben, um dadurch das Budget zu entlasten. Soweit der Gemeinderat auf konkrete Ausgaben, die ausserhalb des Budgets vom Stadtrat oder durch die Stimmberechtigten bewilligt worden sind, verzichten will, müsste er dem zuständigen Organ einen Rückkommens- bzw. Wiedererwägungsantrag stellen.

Zu Frage 8 und 9:

Die nachfolgend dargestellten Vergleiche basieren auf dem in den Jahresrechnungen ausgewiesenen Aufwand und nicht auf den Ausgaben. Für einen Vergleich müssen folgende Posten neutralisiert werden:

2016: Fr. 42 621 562.00 Überschuss (enthalten in a.o. Aufwand als Einlage in Spezialfinanzierung). Fr. 26 027 841.00 Zinsaufwand für Anstalten und Sonderrechnungen. Elimination der Internen Verrechnungen von Fr. 143 675 246.00.

2020: Fr. 13 083 208.00 Verwendung Überschuss als zusätzliche Abschreibungen im a.o. Aufwand. Fr. 26 511 517.00. Zinsaufwand für Anstalten und Sonderrechnungen. Elimination der Internen Verrechnungen von Fr. 162 967 833.00.

Der Totalaufwand im Allgemeinen Haushalt hat sich, nach Berücksichtigung obiger Korrekturen, in den Jahren 2016 bis 2020 wie folgt entwickelt:

Tabelle 1: Totalaufwand im Allgemeinen Haushalt um Überschussverwendung, Zinsaufwand für Anstalten und Sonderrechnungen sowie Interne Verrechnungen bereinigt

	2016	Budget 2020	Diff. 2016 - 2020
Gemeinde und Behörden	11'320'194	12'498'004	1'177'809
Präsidialdirektion	61'498'409	59'736'447	-1'761'961
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie	119'520'808	128'796'572	9'275'763
Direktion für Bildung, Soziales und Sport	435'549'178	492'263'026	56'713'849
Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün	135'687'081	146'076'805	10'389'724
Direktion für Finanzen, Personal und Informatik	241'824'458	270'926'318	29'101'860
Total Allgemeiner Haushalt	1'005'400'128	1'110'297'173	104'897'045

Der für das Jahr 2020 budgetierte Totalaufwand im Allgemeinen Haushalt ist um 104,9 Mio. Franken oder 10,4 Prozent höher als der Totalaufwand, welcher mit dem Rechnungsabschluss 2016 ausgewiesen worden ist.

Nachfolgend wird diese Entwicklung auf Direktionsebene und bei Gemeinde und Behörden (GuB) begründet:

Gemeinde und Behörde (GuB) sowie Präsidialdirektion (PRD)

Bei GuB bzw. der PRD ergeben sich wesentliche Änderungen aufgrund der Verschiebung von E-Government (Stadtkanzlei zu Personal, Finanzen & Digitale Entwicklung), dem Wechsel des Bauinspektorats zur Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) und dem Wirtschaftsamt (WA) zur PRD (- 2,3 Mio. Franken). Weiter wirken sich die Erhöhung der Sitzungsgelder Stadtrat (0,3 Mio. Franken), die Erhöhung des Beitrags an das Politforum Käfigturm (0,15 Mio. Franken) und der Ausbau der Ombudsstelle (0,3 Mio. Franken) auf das Budget aus. Bei der PRD fallen weiter die Neuregelung betreffend Planungsmehrwertabgabe (- 6,1 Mio. Franken), die Erhöhung der Beiträge Kultur Stadt Bern (3,4 Mio. Franken) sowie der Kostenanstieg im Stadtplanungsamt von 1,5 Mio. Franken ins Gewicht. Im Jahr 2016 enthielt die Rechnung Beträge an diverse Grossanlässe (Tour de France, Kunstturm EM und das Stadtfest) von rund 1,0 Mio. Franken. Im Budget 2020 sind keine derartigen Beiträge enthalten.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Das Ausgabenwachstum bei der SUE ist einerseits auf den Wechsel des WA zur PRD und die gleichzeitige Übernahme des Bauinspektorats von der PRD durch die SUE (rund 3,3 Mio. Franken) und andererseits auf die Wahrnehmung von neuen Aufgaben zurückzuführen. Letztere betreffen hauptsächlich neue Vollzugsaufgaben im Ausländer- und Integrationsbereich (4,1 Mio. Franken beim Polizeiinspektorat), die Berufsfeuerwehrlerngänge zum Ersatz von Pensionierungen, den Beitrag an die Sonderrechnung Tierpark (0,1 Mio. Franken), die Umsetzung der Energierichtplanung beim Amt für Umweltschutz (0,6 Mio. Franken) sowie Abschreibungen auf den Investitionen (0,9 Mio. Franken).

Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Bei der BSS lösen direktfinanzierte Aktivitäten einerseits einen Kostenanstieg aus. Andererseits resultieren auch höhere Erträge, welche in der Übersicht zu den Aufwänden selbstredend nicht enthalten sind. Die Zunahme des Totalaufwands von 56,7 Mio. Franken (ohne interne Verrechnungen) verteilt sich wie folgt: 36,6 Mio. Franken Transferaufwand, 11,5 Mio. Franken Personalaufwand, 5 Mio. Franken Sachaufwand und 3,6 Mio. Franken Abschreibungen. Die Erhöhung des Transferaufwands von 36,6 Mio. Franken lässt sich im Wesentlichen wie folgt aufteilen (Beträge in Mio. Franken): Lastenausgleich Lehrerbesoldungen (5,5), Lastenausgleich Ergänzungsleistungen (2,6), Besoldungen kantonales Lehrpersonal in den Tagesschulen (3,8), Leistungen in der Sozialhilfe (14,8), Betreuungsgutscheine inkl. Mahlzeitenvergünstigung (6,2), diverse Beiträge an Dritte (VBG, DOK, TOJ, Musikschule Konservatorium Bern, Kornhausbibliotheken, Asyl, Verein Feriensportlager Fiesch, Förderung Sportvereine und Jugendsport; 2,2), sowie diverses (0,5).

Die Erhöhung beim Personal- und Sachaufwand von gesamthaft 16,5 Mio. Franken ist insbesondere auf folgende Bereiche/Leistungen zurückzuführen (Beträge in Mio. Franken):

Berufliche und soziale Integration (1,8), Volksschulen (1,9), Tagesschulen (3,4), Sonderschulen und Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt (1,0), familienexterne Kinderbetreuung (2,0), Schulärztliche Untersuchungen und Schulsozialarbeit (1,1), Asyl (1,8), Sportamt (1,2; Überführung Personal in öffentlich-rechtliche Anstellungen und höhere Pensionskassenbeiträge, Teuerung, Ausweitung Öffnungszeiten Hallenbäder, Wasseraufsicht Bueberseeli, Stellen Integration und Kommunikation).

Für die Zunahme bei den Abschreibungen von 3,6 Mio. Franken sind insbesondere die beiden Projekte «Citysoftnet» und «base4kids» verantwortlich.

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Bei der TVS beruht die Differenz hauptsächlich auf höheren Kosten für Abschreibungen (4,2 Mio. Franken wegen Investitionstätigkeit), auf dem höheren Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr (1,4 Mio. Franken) und auf höheren Personalkosten (4,2 Mio. Franken).

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)

Bei der FPI erhöhte sich der Transferaufwand (Disparitätenabbau und vertikaler Lastenausgleich) um 10,1 Mio. Franken. Bei den Abschreibungen (9,2 Mio. Franken), dem baulichen Unterhalt (4,0 Mio. Franken) und den Heiz- und Betriebskosten für Nutzer (2,5 Mio. Franken) sind weitere wesentliche Kostenzunahmen zu verzeichnen. Der Personalaufwand stieg um 9,0 Mio. Franken. Die wesentlichsten Zunahmen waren ins diesem Bereich bei den Informatikdiensten (1,5 Mio. Franken) und bei Immobilien Stadt Bern (4,6 Mio. Franken; Mehrbedarf aufgrund erhöhter Investitionstätigkeit Verwaltungs- und Finanzvermögen) zu verzeichnen, wobei letztere auch die Personalkosten der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik enthalten, welche diese im Transferertrag entsprechend entschädigt. Diese Entschädigung stieg seit 2016 um rund 1 Mio. Franken an. Zu berücksichtigen ist weiter, dass der Personalaufwand bei der FPI im Jahr 2020 auch den gesamtstädtischen Teuerungsausgleich von 2,0 Mio. Franken enthält.

Zu beachten ist, dass im oben ausgewiesenen Totalaufwand auch der Transferaufwand von insgesamt 489,1 Mio. Franken (2016) und 537,9 Mio. Franken (2020) enthalten ist. Dieser ist nur teilweise (eigene Beiträge inkl. ÖV Betrag [2016: 241,4 Mio. Franken und 2020: 268,2 Mio. Franken]) beeinflussbar.

Belässt man nur diese im Transferaufwand (2016: 241,4 Mio. Franken; 2020: 268,0 Mio. Franken) und eliminiert die vor allem vom Kanton gesteuerten Transferaufwände, ergeben sich folgende Aufwandszunahmen:

Tabelle 2: Totalaufwand im Allgemeinen Haushalt um zusätzlich durch den Kanton gesteuerte Transferaufwände bereinigt

	2016	Budget 2020	Diff. 2016 - 2020
Gemeinde und Behörden	11'320'194	12'498'004	1'177'809
Präsidialdirektion	61'498'409	59'636'447	-1'861'962
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie	85'982'761	94'878'777	8'896'015
Direktion für Bildung, Soziales und Sport	290'164'168	335'336'557	45'172'389
Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün	135'606'642	146'001'305	10'394'663
Direktion für Finanzen, Personal und Informatik	173'120'841	192'083'739	18'962'899
Total Allgemeiner Haushalt	757'693'016	840'434'829	82'741'813

Der für das Jahr 2020 budgetierte, um die vom Kanton gesteuerten Transferaufwände bereinigte, Totalaufwand im Allgemeinen Haushalt ist um 82,7 Mio. Franken oder 10,9 Prozent höher als der vergleichbare Totalaufwand, welcher mit dem Rechnungsabschluss 2016 ausgewiesen worden ist. Beim Vergleich der Direktionen gelten die Ausführungen zu Tabelle 1.

In der Zunahme von 82,7 Mio. Franken ist ein Anstieg der Abschreibungen um 20,0 Mio. Franken enthalten, welcher sich aufgrund der von den politisch zuständigen Organen bewilligten Investitionskrediten ergibt. Die Zunahme bei den Abschreibungen verteilt sich wie folgt auf die Direktionen:

Tabelle 3: Zunahme der Abschreibungen

	2016	Budget 2020	Diff. 2016 - 2020
Gemeinde und Behörden	214'974	315'039	100'065
Präsidialdirektion	2'557'317	3'682'000	1'124'683
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie	1'938'127	2'836'685	898'558
Direktion für Bildung, Soziales und Sport	954'633	4'576'216	3'621'583
Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün	18'577'886	22'766'551	4'188'665
Direktion für Finanzen, Personal und Informatik	28'976'440	39'022'036	10'045'596
Total Allgemeiner Haushalt	53'219'377	73'198'527	19'979'150

Zu Frage 10:

Der Gemeinderat wird auch in Zukunft eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgen mit dem Ziel, die Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der hohen anstehenden Investitionen im Gleichgewicht zu behalten.

Bern, 1. April 2020

Der Gemeinderat